

Außenbetriebliche Ausbildung in den neuen Bundesländern – nur eine Notlösung?

Hermann Schmidt

Anfang Juli hat die Bundesregierung beschlossen, gemeinsam mit den neuen Bundesländern Mittel für zwölftausend zusätzliche außenbetriebliche Ausbildungsplätze im dualen System zur Verfügung zu stellen. „Außenbetrieblich“ und „im dualen System“, ist das nicht ein Widerspruch in sich? Es ist eine Notlösung, denn das duale System definiert sich als **betriebliche Berufsausbildung und Berufsschule**. Das Programm der Bundesregierung zeigt, in welch schwieriger Lage die Berufsausbildung in den neuen Bundesländern auf dem Weg von der ausschließlich großbetrieblich strukturierten Kommandowirtschaft mit etwa vier- bis fünftausend Ausbildungseinrichtungen in den „Kombinaten“ in eine mittelständisch strukturierte Marktwirtschaft mit zukünftig vielleicht einhundertdreißig- bis einhundertsiebzigtausend Ausbildungsbetrieben ist. Das ganze Ausmaß der Problematik wird deutlich, wenn man die Bestandszahlen der betrieblichen Ausbildungsplätzen des Jahres 1989, rund 344 000, mit denen des Jahres 1991/92, rund 265 000, vergleicht. Zwischen diesen beiden Jahren liegt die Übernahme des Berufsbildungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland durch die im März 1990 demokratisch gewählte Volkskammer der DDR für den Beginn des Ausbildungsjahres 1990/91. Noch vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist demnach die Entscheidung getroffen worden, von einem prinzipiell zweijährigen Ausbildungssystem auf ein prinzipiell dreijähriges duales System umzuschalten. Berücksichtigt man diese Umstellung, werden die heutigen Versorgungsengpässe noch deutlicher. Mit den 344 000 Plätzen von 1989 wurden zwei Jahrgänge versorgt. Mit den durch den Zusammenbruch der Wirtschaftsstruktur der DDR erheblich geringer gewordenen Ausbildungsplätzen müssen nunmehr drei Jahrgänge versorgt werden.

Die Umstellung von der großbetrieblichen Berufsausbildung mit eigenen Betriebsberufsschulen auf überwiegend klein-

betriebliche Ausbildungsplätze mit einer regionalen Versorgung durch kommunale Berufsschulen ist tiefgreifender als es die durchaus vorhandene Verwandtschaft der beiden dualen Systeme 1990 vermuten ließ.

In dieser Notsituation steht einer großen Zahl von Nachfragen nach betrieblicher Berufsausbildung kein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot in den Betrieben gegenüber. Alle Beteiligten, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, die Bundesregierung und die Länderregierungen, halten am dualen Ausbildungssystem als Regelausbildungssystem fest. Als Überbrückung des zweifellos vorhandenen großen Defizits an betrieblichen Ausbildungsplätzen wurde das Angebot an außenbetrieblichen, nichtschulischen Ausbildungsplätzen mit Zustimmung aller Beteiligten massiv ausgebaut. Natürlich liegt bei einem solchen Vorgehen die Gefahr der Beeinträchtigung des dualen Systems auf der Hand. Niemand weiß, in welchem Umfang ausbildungswillige Betriebe durch Programme dieser Art davon abgehalten werden, sich auf den Ausbildungsmarkt zu begeben und mit dem Einstieg in die Berufsausbildung im Unternehmen Sachverstand für Aus- und Weiterbildung aufzubauen. Daß es sich bei den außenbetrieblichen Ausbildungsplätzen nur um eine vorübergehende Lösung handelt, darüber sind alle einig. **Werden hierdurch aber nicht Strukturen geschaffen, die ein Eigenleben entwickeln? Werden die privaten Betriebe bereit sein, nach und nach das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen anzuheben?**

Das Handwerk in den neuen Bundesländern hat im vergangenen Jahr eine erfreulich positive Antwort auf Fragen dieser Art gegeben, indem es sein Ausbildungsplatzangebot gegenüber dem Vorjahr um gut ein Drittel steigerte. Die jungen Handwerksbetriebe in Ostdeutschland haben damit unter Beweis gestellt, daß sie nach verständlichen Anlauf-

schwierigkeiten bei der Gründung eines jungen Unternehmens natürlich auch im kleinbetrieblichen Eigeninteresse durchaus gewillt sind, ihre eigene Personalplanung im Bereich der Berufsausbildung verantwortlich zu übernehmen und der dualen Berufsausbildung den Vorrang unter den möglichen Qualifizierungsformen einzuräumen. Die im Aufbau befindliche Industrie Ostdeutschlands muß den Nachweis für ein solches Engagement erst noch führen.

Es ist zu hoffen, daß die industriellen Investoren der Investition in das Humankapital, sprich die eigenen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, den gleich hohen Rang einräumen.

men wie den Investitionen in Sachkapital. Es werden noch einige Jahre vergehen, bis das betriebliche Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage in den neuen Bundesländern deutlich übersteigen wird. Die Finanzierungsgarantie der öffentlichen Hand für die außerbetrieblichen Berufsbildungsstätten gilt jetzt bis 1998. Industrie, Handel und Handwerk, die freien Berufe und der öffentliche Dienst sind aufgerufen, im Interesse der jungen Menschen in Ostdeutschland bis zu diesem Zeitpunkt die außerbetriebliche Ausbildung überflüssig zu machen.